

EU-MERCOSUR-Abkommen

Kurzinformation aus entwicklungspolitischer Sicht

30. Jänner 2024

Recherchen der AG Globale Verantwortung sowie ihrer Mitgliedsorganisationen haben ergeben, dass das EU-Mercosur-Abkommen große landwirtschaftliche Unternehmen und multinationale Konzerne begünstigen würde. Gleichzeitig erhöht es den Druck auf nachhaltig produzierende Familienbetriebe im Mercosur-Raum und in der EU und hätte negative Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima. Es ist davon auszugehen, dass ein geplantes Zusatzprotokoll in diesem Zusammenhang keine substantielle Veränderung bringen wird. Die österreichische Regierung sollte daher bei ihrem Nein zum Abkommen bleiben, wie es auch der Nationalratsbeschluss festgelegt hat, und sich für eine Neuverhandlung des Abkommens auf der Basis eines neuen Mandats einsetzen. Dafür gibt es Argumente sowohl aus unternehmerischer als auch aus christlicher Sicht, die wir im Folgenden darlegen.



Aktueller Stand der Verhandlungen

- Seit 1999 laufen die Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen, das gelegentlich auch als ein *Cars for Cows*-Deal beschrieben wird. Die Formel steht für einen **klassischen Nord-Süd-Handel**, bei dem überwiegend Industrieprodukte gegen Rohstoffe gehandelt werden.
- 2019 wurde eine **Grundsatzvereinbarung** zum Abkommen erzielt. Der Ratifizierungsprozess ist allerdings bis heute aufgrund des Widerstands mehrerer EU-Staaten (neben Österreich z.B. Frankreich) sowie des Mercosur-Blocks nach wie vor nicht abgeschlossen.
- In Österreich hat der Nationalrat 2019 mit Unterstützung von ÖVP, SPÖ, FPÖ und JETZT ein **rechtlich verbindliches Veto** gegen das Abkommen festgelegt. Rückhalt gibt es auch in der österreichischen Bevölkerung: Laut einer repräsentativen Online-Umfrage¹ sprechen sich neun von zehn Österreicher*innen dafür aus, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene das Veto beibehält. Das österreichische Landwirtschaftsministerium, der Bauernbund und der Unabhängige Bauernverband lehnen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den vier südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay strikt ab.
- Als Reaktion auf die Kritik, die wegen wahrscheinlicher Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens auf Umwelt, Klima und Menschenrechte besteht, schlug die EU-Kommission dem Mercosur im März 2023 ein Papier vor, in dem Elemente eines **möglichen Zusatzprotokolls** skizziert wurden.

¹ Umfrage des Marktforschungsinstituts Integral im Auftrag der Handelskette SPAR und der Umweltschutzorganisation Greenpeace (Juli 2023). Ergebnisse: https://drive.google.com/file/d/1kKR6BFz3-Y7es3AyoXLKk-koW_OsnxNGw/view



Das Zusatzprotokoll verweist allerdings nur auf bereits bestehende Inhalte des Nachhaltigkeitskapitels des Abkommens sowie weitere internationale Abkommen und schreibt keinerlei Durchsetzungsmechanismen im Fall von Verstößen fest. Damit bringt es keinerlei Verbesserungen in Bezug auf die schwerwiegenden Kritikpunkte am Abkommen (s.u.), weshalb wir es als zahnloses Lippenbekenntnis werten.



Das Abkommen aus wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Perspektive

- Das **EU-Mercosur-Abkommen** zielt auf den Austausch von Industriegütern mit hoher Wertschöpfung ab, beispielsweise von Autos und Chemikalien gegen mineralische Rohstoffe und hoch subventionierte Agrarprodukte wie Fleisch, Soja und Bio-Ethanol. In seiner derzeitigen Form fördert es die **Ausweitung von Bergbau und Landwirtschaft**, die wiederum Treiber für Rodungen, damit einhergehende Treibhausgasemissionen sowie Land- und Menschenrechtsverletzungen sind. Sie können außerdem zu zunehmenden Konflikten um Land, zur Vertreibung von indigenen Gemeinden und zur Auflösung kleinbäuerlicher Landwirtschaft führen. Damit hätte das Abkommen in seiner derzeitigen Form massive **negative Auswirkungen auf den Schutz der Menschenrechte, auf Umwelt und Klima**. Es hätte auch bedeutende Auswirkungen auf nachhaltig produzierende bäuerliche Familienbetriebe auf beiden Seiten des Atlantiks.
- Die Vereinten Nationen haben die Jahre zwischen 2019 und 2028 zur **UN-Dekade der bäuerlichen Familienbetriebe** erklärt. Diese produzieren 80 Prozent der Nahrung weltweit und spielen eine zentrale Rolle für die globale Ernährungssicherung. Sie tragen wesentlich zum Erhalt der Biodiversität bei und sichern ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Daher sollten internationale Handelsabkommen hochwertige landwirtschaftliche Produktionsstandards festlegen, um die hohen europäischen Standards weltweit zu fördern.
- Das geplante EU-MERCOSUR-Abkommen und die Fokussierung auf das Agrobusiness sowie multinationale Konzerne würden den **Druck auf nachhaltig produzierende Familienbetriebe in der EU** und im MERCOSUR-Raum erhöhen, noch kostengünstiger zu produzieren. Vor allem für kleine, familiengeführte Betriebe, welche unter erschwerten Bedingungen arbeiten, würde sich die Frage stellen, ob sie ihren Betrieb weiterhin wirtschaftlich führen können.
- Anstatt Handels- und Investitionsströme zu maximieren, sollten **durchsetzbare Menschenrechts- und Umweltstandards sowie die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens im Zentrum internationaler Handelsabkommen** stehen, die von allen Akteur*innen entlang der Lieferketten eingehalten werden müssen. In einem **Aushandlungsprozess** auf Grundlage demokratischer Prinzipien sollten zivilgesellschaftliche Akteur*innen und jene Menschen, die am stärksten von den Auswirkungen betroffen sind, in die Verhandlungen einbezogen werden. Da dies im Rahmen des derzeitigen Verhandlungsprozesses aufgrund der problematischen Grundausrichtung des EU-Mercosur-Abkommens nicht leistbar ist, plädieren wir für eine Neuverhandlung des Abkommens auf der Basis eines neuen Mandats.



Das Abkommen im Kontext eines christlich geprägten Menschenbildes

- In seiner **Sozial- und Umwelt-Enzyklika *Laudato si'*** stellt Papst Franziskus ökologische Fragen in den Mittelpunkt. Zentral ist für ihn die Frage, welche Welt wir der nachfolgenden Generation überlassen wollen. Die menschengemachte **Klimakrise**, die Lösung der **Wasserfrage** und der Schutz der **Biodiversität** seien aktuell die größten Herausforderungen der Menschheit. Er spricht über „diversifizierte Verantwortlichkeiten“, wobei jene der „entwickelten“ Länder eindeutig größer seien. Auch wenn es für Papst Franziskus eine ganze Reihe positiver Beispiele gibt, so sieht er in Bezug auf die globalen Krisen eine „leichtfertige Verantwortungslosigkeit“ in der internationalen politischen Reaktion sowie eine fehlende „Kultur des Umgangs mit den Problemen und der Wille, Lebensstile, Produktionsweisen und Konsum zu ändern“.
- Um die sozio-ökologische Krise zu lösen, bedarf es nach Papst Franziskus eine *ganzheitliche Ökologie* oder eine *Human-Ökologie*, die neben einer ökonomischen auch eine soziale wie ökologische Dimension beinhaltet. Eine **sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung** sei nur möglich, wenn das Verständnis von Handel und Entwicklung über eine rein wirtschaftliche Dimension hinausgeht und neben der Einbeziehung der sozialen und ökologischen Dimensionen besonders die Menschenrechte weltweit gesichert seien.
- **Internationale Handelsabkommen** können zur Bewältigung der multiplen Krisen nur einen Beitrag leisten, wenn sie auf den **Prinzipien von Nachhaltigkeit, Solidarität und Gerechtigkeit** beruhen – also jene Werte in den Vordergrund rücken, welche aus christlich-humanistischer Sicht die Maßstäbe des gesellschaftspolitischen Handelns darstellen und im Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei als Grundwerte genannt werden.



Empfehlungen an die Politik

- Die österreichische Bundesregierung sollte **bei ihrem Nein zum Abkommen bleiben**, wozu sie per Nationalratsbeschluss verpflichtet ist. Gleiches gilt für das geplante Zusatzprotokoll, das keine substantielle Veränderung bringen wird.
- Die österreichische Bundesregierung sollte sich **für eine Neuverhandlung des Abkommens auf der Basis eines neuen Mandats einsetzen**, das durchsetzbare Menschenrechts- und Umweltstandards sowie die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und einen Aushandlungsprozess auf Grundlage demokratischer Prinzipien ermöglicht.
- Die österreichische Regierung sollte sich weiterhin **für die Einhaltung bestehender internationaler Klimaabkommen einsetzen**. Nationale Bestrebungen hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sollten auch in Handelsabkommen abgebildet sein.

Kontakt für Rückfragen: Sophie Veßel, Fachreferentin bei der AG Globale Verantwortung,

sophie.vessel@globaleverantwortung.at